

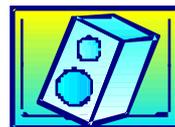
**Institut für Rundfunkökonomie
an der Universität zu Köln**

Reinhard Klimmt

**Brauchen wir ARD und ZDF?
Positionen der SPD zur Strukturreform
des öffentlich-rechtlichen Rundfunks**

**Reihe Arbeitspapiere
des Instituts für Rundfunkökonomie an der Universität zu Köln
Heft 45/1995**

Köln, im Oktober 1995



**Institut für Rundfunkökonomie
an der Universität zu Köln**

Direktoren: Prof. Dr. K. - H. Hansmeyer, Prof. Dr. G. Sieben

Hohenstaufenring 57a

D-50674 Köln

Telefon: (0221) 23 35 36

Telefax: (0221) 24 11 34

ISSN 0945-8999

ISBN 3-930788-34-9

Preis: 5,-- DM

Reinhard Klimmt

Brauchen wir ARD und ZDF? Positionen der SPD zur Strukturreform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks*

1. Einleitung	1
2. Die Zukunft der öffentlich-rechtlichen Fernsehanbieter	2
2.1. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muß erhalten und gestärkt werden!	2
2.2. Nicht mehr als Nachrichten und Wetterkarte?	3
2.3. Können wir uns die Vielfalt überhaupt leisten?.....	3
3. Rundfunkfinanzierung	4
3.1. Werbung im öffentlich-rechtlichen Fernsehen	4
3.2. Gebühren.....	5
3.3. Finanzausgleich.....	6
4. Strukturreform der öffentlich-rechtlichen Anstalten	7
4.1. Strukturverbesserungen sind notwendig!	7
4.2. Wir brauchen einen föderalen Rundfunk!.....	7
4.3. Rundfunk ist Ländersache!	8
4.4. Einsparungen sind möglich!	9
5. Fazit	10

* Überarbeitete Version eines Vortrages, den der Verfasser am 3. 7. 1995 vor dem rundfunk-ökonomischen Kolloquium des Instituts für Rundfunkökonomie an der Universität zu Köln gehalten hat.

1. Einleitung

Oberstes Ziel der Medienpolitik der SPD ist es, eine kritische demokratische Öffentlichkeit als Bestandteil unserer Grundordnung in den Massenmedien zu gewährleisten. Fast vierzig Jahre war die Ausgangslage im Rundfunk dabei konstant: Die Frequenzen waren knapp, die Kosten vor allem für TV-Anbieter enorm hoch. Unter diesen Umständen war es richtig, einer privatwirtschaftlich organisierten Presse öffentlich-rechtlich verfaßten und öffentlich kontrollierten Rundfunk gegenüberzustellen.

Im "Medienpolitischen Aktionsprogramm" hat die SPD diese Position auf dem Essener Parteitag 1984 modifiziert. Die Technik erlaubte mehr Fernsehen und Hörfunk, die Regierungskoalition drängte auf Verkabelung und die Zulassung privater Anbieter. Die Bereitschaft der SPD, mit der Union die zukünftige Entwicklung staatsvertraglich zu regeln schuf eine wichtige Voraussetzung für das "Duale System".

Heute umreißen Stichworte wie "Digitalisierung", "Informationszeitalter" oder "Multimedia" die aktuellen Herausforderungen an die Medienpolitik. Schon bald wird eine unüberschaubare Zahl von Fernseh- und Hörfunkkanälen zur Verfügung stehen, Sparten- und Vollprogramme, pay-per-view und "Video-on-Demand" werden an den elektronischen Kiosken miteinander konkurrieren. Schon fusionieren allenthalben Filmproduzenten und Fernsehanstalten, Lieferanten von Ideen und Geräten, um die internationale Konkurrenz bestehen zu können; die jüngsten Zusammenschlüsse von Time Warner und Turner Broadcasting oder der Walt Disney Company und Capitol Cities /ABC zeigen, wie schnell die Konzentration voranschreitet und mit ihr die Risiken für die Meinungsvielfalt.

In Europa ist der Name Berlusconi zu einem Synonym für den Mißbrauch der Medienmacht geworden. Ein Medienzar hebt das Referendum über die Beseitigung seiner marktbeherrschenden Stellung mit Hilfe eben dieser marktbeherrschenden Stellung nicht nur aus, er erreicht auch noch, daß nun seine öffentlich-rechtlichen Konkurrenten privatisiert werden sollen. Sicher: Leo Kirch ist kein Berlusconi. Doch das Beispiel Italiens zeigt, daß Deutschland dringend eine effektive Konzentrationskontrolle braucht und wir vor der nächsten Zulassungswelle verlässliche Kriterien benötigen.

Es wird schwer genug, auf den Medienmärkten der Zukunft Besitzverhältnisse transparent zu machen und Verflechtungen zu kontrollieren. Völlig zum Scheitern verurteilt ist jedoch der Versuch, die Inhalte der Programme zu kontrollieren. Spielfilme werden online in den USA bestellt, auch exklusive Wünsche via Satellit von den Bahamas oder den Fidschi-Inseln erfüllt. Die Programmverantwortlichen scheren sich kaum um das Rundfunkrecht etwa Nordrhein-Westfalens, verantworten sich nicht vor deutschen Behörden. Diese eher



technischen Schwierigkeiten offenbaren das grundsätzliche Problem, vor das die "Informationsgesellschaft" uns stellt: Angebot, Nutzung und Interpretationen entziehen sich zunehmend jeder Art von "Aufsicht", Einflußnahme oder gar Verboten durch Gesellschaft und Politik.

Eine der Konsequenzen aus dieser "Individualisierung" lautet, daß wir die Menschen besser auf den verantwortlichen Umgang mit diesen neuen Medien vorbereiten müssen. Wir müssen uns auf Regeln für den Umgang mit Medien verständigen, zudem den Einzelnen in die Lage versetzen, kritisch mit ihnen umzugehen. Hier hat unsere Gesellschaft, hat auch unsere Bildungspolitik erhebliche Defizite. Während wir dem Erlernen der Kulturtechniken Lesen und Schreiben hohen Rang zumessen, finden wir uns damit ab, Analphabeten der Bildersprache aus den Schulen zu entlassen. Wenn es richtig ist, daß elektronische Medien und Bilder unser Leben künftig prägen, dann müssen wir neben Deutsch und Literaturgeschichte auch Bilder- und Filmgeschichte auf den Lehrplan der Schulen setzen.

2. Die Zukunft der öffentlich-rechtlichen Fernsehanbieter

2.1. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muß erhalten und gestärkt werden!

In der Diskussion um die Zukunft der öffentlich-rechtlichen TV-Anbieter der vergangenen Wochen ist ein "traditioneller" Konflikt erneut deutlich geworden. Während die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten als Anwalt der öffentlich-rechtlichen TV-Anbieter auftreten, haben die Christdemokraten versucht, sich als Interessenbesorger der privaten TV-Sender in Szene zu setzen. Im Vorfeld der Verhandlungen um die Konzentrationskontrolle auf dem deutschen Medienmarkt und die Zukunft der Rundfunkgebühren hat dabei sicher auch der Versuch, eine starke Verhandlungsposition aufzubauen, eine Rolle gespielt - weder Biedenkopf noch Stoiber müssen Rücksicht auf Koalitionäre nehmen, was ihre Bereitschaft zu provokativen Auftritten erklärt und die Position des Kirch-Freundes Kohl hat auch nicht überrascht.

Erklärtes Ziel der SPD ist es, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in seinen Arbeits- und Gestaltungsmöglichkeiten zu erhalten und weiterzuentwickeln. Nicht etwa, weil beim Angebot privat mit "schlecht" gleichzusetzen wäre, sondern vielmehr weil die öffentlich-rechtlichen Programme einer "gesellschaftlichen Verantwortung" gerecht werden müssen. Dieser Verpflichtung kommen sie insgesamt sehr gut nach - auch wenn ein Politiker selbstkritisch feststellen muß, daß auch das Bemühen der Parteien, Zugriff auf die Inhalte zu nehmen, diese gesamtgesellschaftliche Orientierung gelegentlich erschwert. Dennoch: Die Erhaltung des öffentlich-rechtlichen Systems ist Voraussetzung für eine demokratische Öffentlichkeit.





2.2. Nicht mehr als Nachrichten und Wetterkarte ?

Der Auftrag der öffentlich-rechtlichen Fernsehanbieter umfaßt die technische und informationelle Grundversorgung. Die Garantie, eine Grundstruktur der Programmversorgung aufrechtzuerhalten und flächendeckend zu verbreiten, legitimiert u. a. die Fernsehgebühren. Um den Begriff der Grundversorgung jedoch gibt es Verwirrung: Einige Kritiker argumentieren, über eine Basisversorgung hinaus sei öffentlich-rechtliches Angebot unnötig. Das ist falsch. ARD und ZDF müssen mehr anbieten als Nachrichten, Wetterkarte und Sonntagskonzert.

Als Element des dualen Systems müssen die öffentlich-rechtlichen Anbieter eben nicht nur mit dem Minimum versorgen. Die Verfassungsgerichtsurteile machen das öffentlich-rechtliche Angebot zur Voraussetzung für die Existenz der privaten Anbieter. Für ARD und ZDF folgt daraus das Recht, aber auch die Pflicht, sich in allen Programmfeldern zu tummeln, vom Voll- über das Regionalprogramm bis zu allen Formen des "Pay-TV" am elektronischen Kiosk. Wer das duale System erhalten will, muß daher im öffentlich-rechtlichen Bereich für die gleichen Entwicklungschancen sorgen wie im privaten; er darf das "Existenzrecht" nicht allein von kulturellen oder sozialen Interessen her definieren.

Ein Blick in die Fernsehzeitschriften zeigt überdies, daß wir es heute mit mehr als zwei öffentlich-rechtlichen Vollprogrammen zu tun haben. Die Senderkette der Dritten hat ihre Ausstrahlungslücken weitgehend geschlossen, hinzu kommen Arte und 3SAT, die Gründung eines gemeinsamen Parlaments-Fernsehens haben ARD und ZDF in diesen Tagen angekündigt.

2.3. Können wir uns die Vielfalt überhaupt leisten?

Abgesehen von ihrer öffentlich-rechtlichen Stellung gibt es mindestens ebenso viele Unterschiede wie Gemeinsamkeiten zwischen ARD und ZDF. Die Konkurrenz dieser großen öffentlich-rechtlichen Anbieter sorgt für Innovationsdruck und Fortschritt im öffentlich-rechtlichen Bereich. Die Triebkräfte ergeben sich u. a. aus der unterschiedlichen Struktur der Anstalten. Das ZDF mit seiner starken Zentrale agiert als Anbieter mit "nationalem" Anspruch; die Produktion, aber auch die Präsentation sind auf bundesweite Resonanz durchformatiert. Demgegenüber kommt die föderale Struktur der ARD nicht nur im Innenverhältnis sondern auch im Programmangebot sehr viel stärker zum Ausdruck.

Ein Vergleich der beiden erfolgreichsten Krimi-Serien der öffentlich-rechtlichen Anbieter versinnbildlicht den Unterschied: Während der Erfolgskommissar des ZDF seit 250 Folgen unterstützt vom gleichen Team für ein bißchen mehr Gerechtigkeit in München sorgt, setzt die ARD auf verschiedene "Tatorte", an denen beispielsweise Figuren wie der Rotwein und Käse zugetane Saarländer Palü oder das Ruhrpott-Raubein Schimanski ermitteln und dabei Stilisierungen



"ihrer" Regionen mitliefern. Handschrift und Eigenart der Sender zeigen sich auch in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen, der WDR beispielsweise überträgt mit der Sportberichterstattung, für die er zuständig ist, immer auch ein Stück regionaler Kultur. Diese Form der Vielfalt sollten wir nicht aufgeben.

3. Rundfunkfinanzierung

3.1. Werbung im öffentlich-rechtlichen Fernsehen

Ein Lieblingsthema der Kritiker des öffentlich-rechtlichen TV-Angebots ist die Mischfinanzierung; Werbung und Gebühren, so heißt es, müßten sich künftig ausschließen. Nichts spricht dagegen, ZDF und ARD ausschließlich über Gebühren zu finanzieren. Aber alles spricht dagegen, die Höhe der Gebühren, ihre Anpassung an Preissteigerung und veränderte Herausforderungen auf Dauer zu einer Frage der politischen Auseinandersetzung zu machen. Die Gebühr darf nicht zum Knüppel gegen die öffentlich-rechtlichen Anbieter werden.

Jenseits der Diskussion um Prinzipien zeigt die reale Entwicklung der vergangenen Jahre: Der Anteil der Werbung an der Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Anstalten geht drastisch zurück, davon ist das ZDF natürlich stärker betroffen, weil es mit 40 Prozent einen größeren Anteil des Haushaltes werbefinanziert. Wollten die Anstalten den vom Gesetzgeber zugestandenen Anteil der Werbeeinnahmen ausschöpfen, müßten sie den vorgegebenen Zeitrahmen überschreiten. Anders als in der öffentlichen Auseinandersetzung teilweise dargestellt, wird die Aufhebung der 20.00 Uhr-Werbegrenze von den Intendanten der öffentlich-rechtlichen Anstalten keineswegs offensiv geführt, um neue Finanzquellen zu erschließen, es ist im Gegenteil ein Versuch, Wege aufzuzeigen, um das bestehende Finanzsystem praktikabel zu machen.

Der Zweck der 20.00 Uhr Werbegrenze war eindeutig: Konkurrenzschutz um den privaten Anbietern den Einstieg in den Markt zu ermöglichen. RTL, SAT1, Pro 7 und die anderen privaten Stationen haben solche "Freigehege" längst nicht mehr nötig, die Öffentlich-Rechtlichen hingegen denken darüber nach, ob sie sich die großzügige Zurückhaltung weiter werden leisten können. Ideen, die 20.00 Uhr-Regel zu umgehen und zwischen 0.00 und 20.00 Werbung zu verkaufen, scheinen mir allerdings nicht ganz ernstzunehmend.

Ein Ansatzpunkt für einen anderen Umgang mit Werbung im öffentlich-rechtlichen Fernsehen ist der Sport. Ob Wimbledon, die Olympische Spiele, die Fußballweltmeisterschaften oder auch die Bundesliga, überall ist die große Publikumsresonanz verbunden mit hohen Kosten für die Übertragungsrechte. Weltweit bieten TV-Anbieter enorme Summen für die Ausstrahlung, weil sie damit attraktive Werbezeit erhalten. Es mutet paradox an, daß unsere öffentlich-



rechtlichen Anbieter bei diesen Versteigerungen Millionengebote abgeben ohne die Chance, diese Ausgaben wieder zu erwirtschaften.

Jeder kennt das: Wimbledon, Satzpause. Während die Privaten Werbespots einblenden, bleiben bei ARD und ZDF die Protagonisten auf ihren Stühlen am Spielfeldrand im Bild - und damit eine Vielzahl von Werbeschriftzügen. Der Spieler greift zum Trinkbecher - deutlich zu sehen: der Schriftzug des Sponsors. Boris Becker drapiert sein Handtuch malerisch über dem Kopf - wieder ist das Logo einer Softdrinkfirma bildschirmfüllend, dann schwenkt die Kamera durch die Zuschauerränge, und auch hier ist die Reklame allgegenwärtig. Nach meiner Ansicht müssen ARD und ZDF die Möglichkeit erhalten, in solchen Fällen die Werbung an das Programm zu binden und in den Pausen Spots auszustrahlen. Dies gilt um so mehr, als die Zuschauerinnen und Zuschauer zur Zeit auch Werbung über sich ergehen lassen müssen, ohne daß die Anstalten davon einen Vorteil hätten.

Über diese Form der Werbung im Zusammenhang mit Großereignissen, aber auch über die grundsätzliche Frage der Werbung im öffentlich-rechtlichen Fernsehen ist eine Entscheidung nötig. Aus meiner Sicht spricht fast alles dafür, ARD und ZDF als werbefreie, gebührenfinanzierte Angebote in dem sich verändernden Markt zu positionieren.

3.2. Gebühren

Wer die Ausweitung der Werbung in den öffentlich-rechtlichen Programmen ablehnt, muß über einen Mechanismus zur Anpassung der Einnahmen an Preisanstieg und veränderte Anforderungen nachdenken. Ein Mangel der Gebühr, wie wir sie heute kennen, ist der "Ziehharmonika-Effekt": Zu Beginn einer Gebührenperiode entstehen bei den Anstalten Rücklagen, die im Verlauf der Zeit zum Auffangen der Defizite aufgebraucht werden müssen. Die Anstalten brauchen mehr Selbständigkeit, das Verfahren muß flexibler werden, ohne starke Einflußnahmen der Politik und mit stärkeren Anreizen für eigene Initiativen. Das KEF-Urteil hat Druck in diese Richtung aufgebaut, nun geht es darum, diese Vorgaben umzusetzen.

Über die Höhe der Rundfunkgebühren hat in den vergangenen Monaten ein erstaunlicher Streit stattgefunden. Es war zu lesen, den "Menschen im Lande" sei eine weitere Erhöhung einer weiteren Gebühr nicht zuzumuten.

Die Rundfunkgebühr zum Testfall für die tatsächlich dringend nötige Verringerung der Steuern und Abgaben zu erklären, zeugt von einer gewissen Verlogenheit: Einmal unterstellt, die Gebühr würde auf rund 30 DM im Monat erhöht: Ist das die "Bestrafung" der Fernsehzuschauer, von der manche Kommentatoren schreiben? Die Gegenleistung für die Gebühr ist beeindruckend: Alle Rundfunkprogramme, ARD, ZDF und die Dritten, Arte und 3Sat, die für diesen Beitrag beiden öffentlich-rechtlichen Fernsehprogramme, alle Rundfunkpro-



gramme und das Deutschlandradio, die dritten Programme, Arte und 3Sat sowie eine Reihe neuer Angebote, die für die nächste Zeit angekündigt sind.

Rechtfertigt dieses Preis-Leistungsverhältnis die Ausplünderungs-Rhetorik mancher Kritiker? Jedes Tageszeitungs-Abonnement kostet mehr. Das Alternativangebot "Pay-TV" kostet mehr. Ja sogar ein Kinobesuch mit der Familie kostet mehr als ein Monat öffentlich-rechtlicher Hörfunk und Fernsehen.

3.3. Finanzausgleich

Das Gebührenaufkommen gilt dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk als Gesamtveranstaltung. Sie werden in Nordrhein-Westfalen und im Saarland und überall sonst nicht erhoben für den WDR oder für den Saarländischen Rundfunk oder die lokale Anstalt, sondern sie werden erhoben für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk insgesamt.

Das ZDF, das seinen Sitz in Mainz hat und eine Reihe von Regionalstudios, aber auch die ARD, mit der Sportredaktion in Köln oder ARD aktuell in Hamburg - all dies wird eben auch von den saarländischen Gebührenzahlern mitfinanziert. Neben diesen Gemeinschaftsaufgaben im Sinne des Finanzausgleichs gibt es eine Vielzahl von Vereinbarungen und Arbeitsteilungen, die von den Gebührenzahlern unabhängig von der regionalen Zuordnung bezahlt werden. Arte, Deutschlandradio oder die Satellitenkosten für 3SAT werden im gesamten Bundesgebiet aufgebracht.

Mit diesem System korrespondiert der ARD-interne Finanzausgleich. Sein Volumen von rund 180 Millionen DM als Finanzmasse für eine Sanierung des öffentlich-rechtlichen Systems ins Spiel zu bringen ist lächerlich. Wir sind der Meinung, am bestehenden System des Finanzausgleichs nichts zu ändern, über Strukturreformen nachzudenken.

Das gleiche gilt für Überlegungen, in der laufenden Periode den Schlüssel für die Verteilung des Gebührenaufkommens ARD und ZDF zu ändern. Dieser Plan gleicht einer Anstiftung zum Kannibalismus: Man rät dem einen Bedürftigen, dem anderen den Arm abzunagen, statt beiden zu helfen. Auch hier lassen sich Mechanismen finden, die eine asymmetrische Verteilung der Zuwächse bei einer Gebührenerhöhung sicherstellen. Auch dafür gilt jedoch: Es darf kein Verfahren eingeführt werden, das es erlauben würde, über die Gebühren die Öffentlich-Rechtlichen politisch in die Zange zu nehmen.



4. Strukturreform der öffentlich-rechtlichen Anstalten

4.1. Strukturverbesserungen sind notwendig!

Es ist richtig: Die öffentlich-rechtlichen Anbieter müssen stärker als bisher kooperieren, um Kosten zu senken und vorhandene Leistungen zu verbessern. Hier gibt es bereits eine Reihe von Beispielen und Erfolgen. So wird etwa das dritte Programm, das im Saarland ausgestrahlt wird, in enger Verbindung mit dem Süddeutschen Rundfunk und mit dem Südwestfunk produziert; der Saarländische Rundfunk liefert 20 % des Programms, die anderen Anstalten jeweils 40%. Beim Deutschlandradio kooperieren ARD und ZDF, ein Modell der Zusammenarbeit, das sich auch auf andere Felder ausdehnen ließe.

Prinzipiell spricht auch nichts gegen Fusionen, vorausgesetzt, Länderparlamente und Sender entschließen sich, "ihre" Sender zusammenzulegen. Diese Diskussion wird im Südwesten Deutschlands seit Jahren intensiv geführt, weil die Zuschnitte der Sendegebiete die Arbeit erschweren. Das Sende- und Gebührengbiet des Südwestfunks orientiert sich noch an den Grenzen der Besatzungszonen, er hat seinen Sitz in Baden-Baden, betreut jedoch von dort Rheinland-Pfalz und Teile von Baden-Württemberg, nämlich Baden, während der Süddeutsche Rundfunk von Stuttgart aus nur Württemberg betreut. Hörerschaft und Parlamente kritisieren diese Aufteilung. Daraus jedoch den Anstoß für eine umfassende Neustrukturierung der ARD abzuleiten, geht zu weit.

4.2. Wir brauchen einen föderalen Rundfunk!

Natürlich ist die Neuordnung der Rundfunklandschaft kein Tabu-Thema. Die Zuschnitte der Sender und Sendegebiete können verändert werden. Die Frage allerdings ist, nach welchen Kriterien dieser Neuzuschnitt erfolgen könnte. Ein falsch verstandener Ökonomismus, der sich angeblich an kostenoptimalen Größen festmacht, trifft nicht den Kern des Problems.

Die Debatte ist nicht neu. Heinz Kühn, Vorgänger von Johannes Rau als Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen, etwa hat auf der Grundlage des "Michel-Gutachtens" vorgeschlagen, sechs etwa gleich große Anstalten für die damals noch nicht wiedervereinigte Bundesrepublik einzurichten. Die Debatte war seinerzeit kurz, heftig und fruchtlos.

Das lag unter anderem daran, daß sich in der Diskussion sehr schnell zeigt, daß der Föderalismus als identitätsstiftendes Moment von den Menschen über die Frage der Effizienz gestellt wurde. Aus der Nachkriegsordnung ist die Bundesrepublik in eine tragfähige Länderstruktur hineingewachsen, und die Werte und Qualitäten, die sich damit verbinden, haben zunächst nichts mit Größenordnungen und Kostenfragen zu tun. Nordrhein-Westfalen ist ein unhistorischer Zusammenschluß, das Saarland und Rheinland-Pfalz ebenso. Doch die



Menschen identifizieren sich mittlerweile mit diesen Ländern. Traditionen sind gewachsen, eigene Kulturen. Diese Art von Föderalismus müssen wir akzeptieren. Er ist auch eines der Vehikel, die das Projekt der Europäischen Gemeinschaft transportieren. Man stelle sich vor, die EU würde Luxemburg aufgrund seiner geringen Größe und den nur 400.000 Einwohnern die Aufgabe der Eigenstaatlichkeit empfehlen.

Die Realität zeigt, daß das gewachsene föderale System jenseits der Theorien über optimale Größen-Kosten-Verhältnisse funktioniert. Übrigens "leisten sich" sogar die Vereinigten Staaten von Amerika einen Bundesstaat, der kleiner ist als das Saarland und weniger Einwohner hat - bisher ist niemand auf die Idee gekommen, im Interesse der Funktionsfähigkeit der USA müsse New Hampshire abgeschafft werden.

Das heißt: Der Föderalismus muß unterschiedliche Größen in sein Konzept einbinden. Dafür gibt es ein weiteres Argument: Es kann keine Klarheit über die Entwicklungslinien ökonomischer Chancen geben. Kleine Einheiten, die sich heute gegen den Vorwurf der Ineffizienz verteidigen müssen, könnten morgen bereits zu den Fortschrittsgewinnern gehören. Wie trügerisch das Vertrauen in die Gegebenheiten sein kann, beweisen die Veränderungen im Ruhrgebiet, aber auch im Saarland, die als Kohle- und Stahlzentren in früheren Jahren als Boom-Regionen galten.

Wir sollten bei der Diskussion über die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks die gewachsenen Strukturen akzeptieren. Neben dem großen WDR, dem großen NDR und dem großen Bayerischen Rundfunk muß Platz sein für kleinere Anstalten wie etwa Radio Bremen und den Saarländischen Rundfunk. Dabei muß dieser Anspruch nicht mit dem ökonomischen Prinzip kollidieren: Die Statistik zeigt, daß die kleinen Sender die niedrigsten Programmkosten aller ARD-Anstalten aufweisen.

4.3. Rundfunk ist Ländersache!

Rundfunk ist Ländersache. Das heißt auch, daß alle Gedankenspiele und Konzepte für Neuzuschneide Mehrheiten in den Ländern finden müssen. Daraus folgt auch, daß die Länder frei sind, nicht allein auf ökonomischen Druck zu reagieren, sondern aktiv Rundfunkpolitik zu machen. Reinhard Höppner hat mit Recht überlegt, ob er als Ministerpräsident Sachsen-Anhalts jede Entscheidung über Struktur und Auftrag des Mitteldeutschen Rundfunks akzeptieren müsse, die zu einer Zeit völlig anderer Mehrheitsverhältnisse gefallen ist.

Rundfunk ist also auch eine Frage von Verhandlungen und des politischen Gestaltungswillens, und hier können die Interessen durchaus quer zu den Parteizugehörigkeiten verlaufen. Einen Versuch, den Saarländischen Rundfunk abzuschaffen, ihn in einer anderen Anstalt aufgehen zu lassen etc., würden die Parteien im Saarbrücker Landtag gemeinsam scheitern lassen. Die Rundfunkgebühren



nicht mehr an die ARD überweisen, dem ZDF nichts mehr bezahlen und Werbung nach Gutdünken verkaufen - so könnte der saarländische "Widerstand" aussehen.



4.4. Einsparungen sind möglich!

Zurück zu den tatsächlichen Problemen in der ARD. Innerhalb der Grenzen des bestehenden Systems sind zahlreiche Einsparungen und Verbesserungen möglich. Die öffentlich-rechtlichen Anstalten waren in den vergangenen Jahren bereits außerordentlich erfolgreich beim Ausbau der Kooperation, beim Abbau der Verwaltung und der Begrenzung der Personalausgaben. Diese Anstrengungen werden fortgesetzt.

Darüber hinaus liegt nach meiner Auffassung ein bisher wenig erschlossenes Einsparpotential im Bereich der Dritten Programme: Der übertriebene Ehrgeiz, die Regional- zu Vollprogrammen zu machen, kann und muß gestutzt werden.

Auch bei den Radiosendern der ARD bestehen eine Reihe ungenutzter Rationalisierungsspielräume. Kleinere, benachbarte Anstalten, etwa in Mainz oder Baden-Baden oder Saarbrücken, können weitere Kosten durch technische und personelle Kooperation einsparen. Im Bereich SaarLorLux zum Beispiel ist der Saarländische Rundfunk bereits an einer Agentur beteiligt, die Fernseh- und Hörfunkberichte zwischen den Anstalten austauscht und dazu beiträgt, den Einsatz mehrerer Teams am gleichen Ort zu vermeiden.

Sicher sind auch innerhalb der Hörfunkhäuser noch Kooperationsvorteile zu erzielen, mitunter ist auch die Transparenz zwischen Redaktionen verschiedener Wellen in einem Funkhaus so mangelhaft, daß Personal und Technik zur Berichterstattung über das gleiche Ereignis mehrfach in Anspruch genommen werden.

Die größten Reserven jedoch liegen in Verbesserungen der Organisationsstruktur der Sender und Anstalten insgesamt. Hier können die Öffentlich-Rechtlichen sehr viel von den privaten Anbietern lernen. Dort werden teilweise hervorragende Programme mit wesentlich geringerem Aufwand produziert. Auf dem Weg zu mehr Effizienz muß sich der "Anstaltscharakter" der öffentlich-rechtlichen Anbieter in Richtung auf mehr Dienstleistung, weniger Hierarchie und größere Flexibilisierung professionalisieren.

Die vergangenen Jahre der Gebührenperiode haben gezeigt, daß die ARD hier auf einem sehr guten Weg ist: Insgesamt sind bereits etwa 3 Milliarden DM eingespart worden. Weiterer Spielraum ergibt sich auch durch mehr Zuschauerorientierung bei der Produktion einzelner Sendungen. Möglicherweise ist in den Jahren der öffentlich-rechtlichen Alleinherrschaft an manchen Stellen ein Qualitätsmaßstab entwickelt worden, der sich dem Zuschauer kaum mitteilt. Teilweise gelingt es den privaten Konkurrenten, ihre Sendungen mit einem Drittel des Aufwands zu produzieren, ohne daß für einen Laien Qualitätseinbußen sichtbar werden.



5. Fazit

Die Überlebenschancen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sind jedoch nicht nur an organisatorische und personelle Verbesserungen, an die Ausnutzung von Rationalisierungsspielräumen gekoppelt. Es muß uns auch gelingen, für ARD und ZDF ein Fenster in die Medienzukunft aufzustoßen. Am elektronischen Kiosk von morgen müssen auch die öffentlich-rechtlichen Programme einen hervorragenden Platz haben. Die Zeit der Vollprogramme, an die wir uns gewöhnt haben, geht vorüber, ihre Zahl bleibt bestenfalls konstant. Der Wachstumsmarkt ist der der Spartenprogramme, des "Pay-TV" und aller anderen Formen des elektronischen Fernsehen.

Hier geht es darum, den öffentlich-rechtlichen Anstalten die gleichen Chancen zu verschaffen, sonst müssen wir uns in wenigen Jahren einer neuen Diskussion ARD und ZDF stellen - als Unterhaltungs-Dinosaurier, die der Konkurrenz übermächtiger privater Multimedia-Unternehmer hoffnungslos unterlegen sind.



ISSN 0945-8999

ISBN 3-930788-35-7